

Die Qualität der Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg

Forschungsbericht für die Otto Brenner Stiftung | 31.01.2023

Marcus Maurer
Jörg Haßler
Pablo Jost

Untersuchungsgegenstand

Am 24. Februar 2022 fielen russische Truppen in die Ukraine ein. Drei Tage später verkündete Bundeskanzler Scholz in einer Regierungserklärung zum russischen Angriffskrieg eine „Zeitenwende“: Angesichts der Bedrohung durch die russische Aggression solle die Bundeswehr mit einem Sondervermögen von 100 Milliarden Euro ausgestattet werden. Zudem solle von nun an das seit langem vereinbarte Ziel, zwei Prozent des Bundeshaushalts in Verteidigung zu investieren, auch umgesetzt werden. Bereits wenige Tage später lieferte Deutschland erste Panzerabwehrwaffen zur Unterstützung der Ukraine. Die folgenden Wochen waren in Deutschland von Diskussionen über unterschiedliche Maßnahmen zur Beendigung des Krieges geprägt. Dabei ging es vor allem um diplomatische Verhandlungen, Wirtschaftssanktionen und die Lieferung von (schweren) Waffen an die Ukraine. In diplomatischer Hinsicht telefonierte Scholz Ende März mit dem russischen Präsidenten Putin, ab Ende April wurde er zunehmend zu einem Besuch in der Ukraine gedrängt, den er schließlich Mitte Juni auch absolvierte. Während finanzielle Sanktionen gegen Russland schnell beschlossen waren, blieb die Frage lange offen, ob Russland oder Deutschland stärker unter einem Gas- und Öl-Embargo gegen Russland zu leiden hätte. Besonders ab Mitte April verschärfte sich dann die Diskussion um die Lieferung schwerer Waffen wie z. B. Panzern. Während die Bundesregierung dies zunächst ablehnte, wurden von der Ukraine, anderen westlichen Ländern und Teilen der Opposition zunehmend auf die Lieferung schwerer Waffen gedrängt. Dieser Forderung schlossen sich später auch Mitglieder der Regierungsparteien an. Ende April beschloss der Bundestag schließlich mit den Stimmen von Regierung und CDU/CSU die Lieferung schwerer Waffen. Die Fraktionen von AfD und Linkspartei stimmten mehrheitlich dagegen.

In der deutschen Bevölkerung war die Unterstützung für harte Maßnahmen gegen Russland im Allgemeinen seit Kriegsbeginn groß (z. B. ARD DeutschlandTrend März – Juni 2022). Im Detail vollzogen sich in diesem Zeitraum aber auch zwei bemerkenswerte Stimmungsumschwünge: Nachdem vor Kriegsausbruch im Februar noch eine deutliche Mehrheit (71%) allgemein gegen Waffenlieferungen an die Ukraine war, war nach Kriegsausbruch im März eine deutliche Mehrheit (67%) dafür. Die Zustimmung zur Lieferung schwerer Waffen änderte sich mit einem Monat Verzögerung: War im März noch eine deutliche Mehrheit (63%) dagegen, votierte ab April die Mehrheit der Deutschen (56%) dafür (alle Daten: Forschungsgruppe Wahlen/Politbarometer).

Der russische Krieg gegen die Ukraine ist nach der „Flüchtlingskrise“ und der Corona-Pandemie aber auch das dritte große Thema innerhalb der letzten Jahre, bei dem sich die Nachrichtenmedien in Deutschland massiver Kritik ausgesetzt sahen: Die Berichterstattung befürwortete einseitig die militärische Unterstützung für die Ukraine und die Lieferung von (schweren) Waffen, obwohl dies mit wirtschaftlichen und militärischen Risiken für die deutsche Bevölkerung und die ganze Welt verbunden sei. Die Berichterstattung von Medien mit eigentlich unterschiedlichen redaktionellen Linien unterscheidet sich in diesem Fall kaum voneinander. Die Medien hätten durch diese Art der Berichterstattung die Zustimmung für die Lieferung von (schweren) Waffen in der Bevölkerung erzeugt und letztlich sogar die Bundesregierung zu Waffenlieferungen getrieben (stellvertretend Precht & Welzer 2022). Ob diese Vorwürfe zutreffen, ist bislang unklar, weil sie auf subjektiven Eindrücken Einzelner basieren, die stark durch ihre eigene Konfliktsicht geprägt sind. Eine Antwort auf die Frage, ob die Inhalte von Nachrichtenmedien den

publizistischen Grundsätzen von Vielfalt, Ausgewogenheit usw. entsprechen, ist aber aus unterschiedlichen Perspektiven bedeutsam: Zum einen können Erkenntnisse darüber dazu beitragen, journalistische Berichterstattung kritisch zu reflektieren. Zum anderen können sie aber auch dazu beitragen, den Journalismus vor ungerechtfertigten Angriffen zu schützen.

In der vorliegenden Studie untersuchen wir deshalb die Qualität der journalistischen Berichterstattung über den Ukraine-Krieg. Dazu haben wir eine **quantitative Inhaltsanalyse der Berichterstattung von acht deutschen Leitmedien** durchgeführt. Die Methode der Inhaltsanalyse ermöglicht es, mithilfe eines ausgearbeiteten Messinstruments (Codebuch) weitgehend objektive (intersubjektiv prüfbare) Aussagen über große Mengen von Nachrichtenbeiträgen zu machen. Im Zentrum der Analyse steht die Frage, wie vielfältig und ausgewogen deutsche Nachrichtenmedien über den Krieg und unterschiedliche Positionen zum Krieg berichtet haben und ob sich dies im Verlauf der ersten drei Kriegsmonate verändert hat.

Theoretische Grundlagen sind etablierte Konzepte zur Messung von Medienqualität auf verschiedenen Dimensionen (z.B. Relevanz, Vielfalt, Ausgewogenheit usw.). In empirischer Hinsicht knüpft die Studie an frühere Untersuchungen des Projekt-Teams zur „Flüchtlingskrise“ ([Maurer, Jost, Kruschinski & Haßler 2021](#)) und zur Corona-Krise ([Maurer, Reinemann & Kruschinski 2021](#)) an. Ähnlich wie in diesen Studien sollen vor allem folgende Fragen beantwortet werden:

- Welche Akteure kommen in der Berichterstattung vor und wie werden diese bewertet?
- Welche Maßnahmen zur Lösung des Konflikts werden in den untersuchten Medien thematisiert und wie werden diese bewertet?
- Welche thematischen Schwerpunkte hat die Berichterstattung?
- Unterscheiden sich die untersuchten Medien in ihrer Berichterstattung (Vielfalt im Mediensystem)?
- Spiegeln die untersuchten Medien die Position der Bundesregierung wider und wie werden abweichende Positionen dargestellt?

Methode

Analysiert wurde die Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen in acht deutschen Leitmedien (*FAZ*, *Süddeutsche Zeitung*, *Bild*, *Spiegel*, *Zeit*, *ARD Tagesschau* (20 Uhr), *ZDF Heute* (19 Uhr), *RTL Aktuell* (18:45)) zwischen dem 24. Februar (Tag des russischen Einmarschs) und dem 31. Mai 2022. Die Medien wurden nach ihrer Reichweite, ihrer redaktionel-

len Linie (politische Ausrichtung) und ihrem vermuteten Einfluss auf die Berichterstattung anderer Medien (Meinungsführermedien) ausgewählt. Wir können mit dieser Untersuchung folglich zwar keine Aussagen über „die Medien“ machen, sondern nur über die acht von uns untersuchten Leitmedien. Die Berichterstattung anderer etablierter Nachrichtenmedien (z. B. Regionalzeitungen) ist dieser aber mit einer relativ hohen Wahrscheinlichkeit zumindest ähnlich.

Erfasst wurden alle Beiträge (Berichte und Kommentare), die sich mit dem Krieg gegen die Ukraine, dem Kriegsverlauf, Kriegsursachen, Folgen des Krieges für die beteiligten Länder oder Deutschland und/oder Maßnahmen im Kontext des Krieges beschäftigen. Die genannten Aspekte mussten in mindestens einem ganzen Absatz behandelt werden, damit ein Beitrag codiert wurde. Dabei musste es nicht unbedingt um das Kriegsgeschehen selbst gehen. Relevant waren beispielsweise auch Beiträge, die den Krieg in einem politischen oder wirtschaftlichen Kontext thematisierten. Nicht codiert wurden dagegen Beiträge, die sich z.B. mit kommunalen oder regionalen Benefizveranstaltungen anlässlich des Krieges, mit Sport, Filmbesprechungen oder Kultur beschäftigen und/oder bei denen der Krieg nur ein Randthema darstellt.

Die Codierung erfolgte auf Beitragsebene, d. h. jedes Merkmal wurde für den gesamten Beitrag erhoben. Neben einer Reihe formaler Merkmale (z.B. Medium, Datum, Stilform, Quelle) haben wir etwa 20 inhaltliche Textmerkmale erfasst, die sich für die Analyse zentraler Kriterien für Medienqualität eignen und in früheren Studien ähnlich verwendet wurden. Dabei haben wir einerseits Kategorien verwendet, in denen wir das Vorkommen von Themen, Akteuren und anderen Textinhalten (z.B. erwähnte Maßnahmen, erwähnte Kriegsfolgen) erfasst haben. In diesen Fällen haben wir pro Beitrag bis zu drei Codierungen (also z.B. bis zu drei Akteure) zugelassen, sodass die Zahl der Codierungen die Zahl der Beiträge überschreiten kann. Andererseits enthält die Studie eine Reihe von Kategorien, mit denen wir Bewertungen und ähnliche Darstellungsaspekte gemessen haben (z.B. die Bewertung der Maßnahmen, die Bewertung der verantwortlichen Akteure). Solche Bewertungskategorien haben wir auf fünfstufigen Skalen (z.B. eindeutig positiv - eindeutig negativ) erfasst und für die Auswertung der Übersichtlichkeit halber auf dreistufige Skalen (z.B. positiv, ambivalent, negativ) zusammengefasst. In unseren Analysen weisen wir dabei in der Regel den Saldo aus positiven und negativen Beiträgen in Prozent aus. Dabei ist es für die Codierung unerheblich, ob die Wertungen in einem Beitrag direkt vom Autor oder von Dritten, die im Beitrag zitiert wurden, stammen.

Nach diesen Kriterien haben die sechs an unserer Untersuchung beteiligten und ausführlich geschulten Codiererinnen und Codierer (Codierteam der Nachwuchsforschungsgruppe DigiDeMo am IfKW der LMU München) 4.292 Beiträge erfasst. Die Codierungen erreichten in allen Fällen gute bis sehr gute Reliabilitätswerte (Maß für die Übereinstimmung der Codierenden untereinander) zwischen 0,71 und 0,98 (Intercodierreliabilität nach Holsti).

BERICHTERSTATTUNGSMENGE

Schaubild 1 zeigt die Verteilung der 4.292 Beiträge auf die acht untersuchten Medien. Dabei wird deutlich, dass ein großer Teil der Berichte auf die beiden überregionalen Tageszeitungen *FAZ* (1.166 Beiträge) und *Süddeutsche Zeitung* (1.071 Beiträge) entfällt. Deutlich weniger Beiträge brachten die Fernsehnachrichten und die *Bild*. Die wenigsten Beiträge erschienen naturgemäß in den wöchentlich erscheinenden Nachrichtenmedien *Spiegel* und *Zeit*.

Schaubild 1: Beitragsmenge in den untersuchten Medien

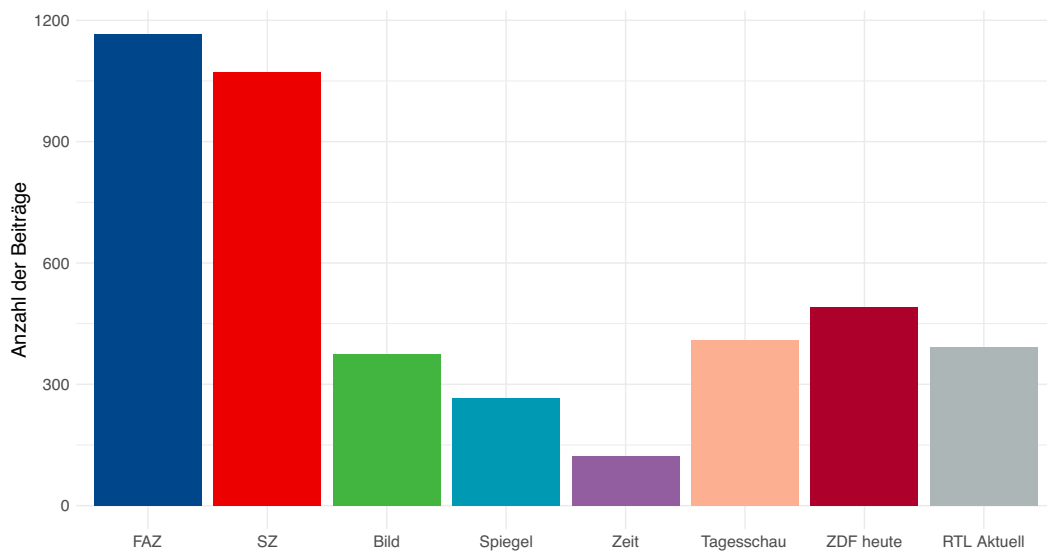
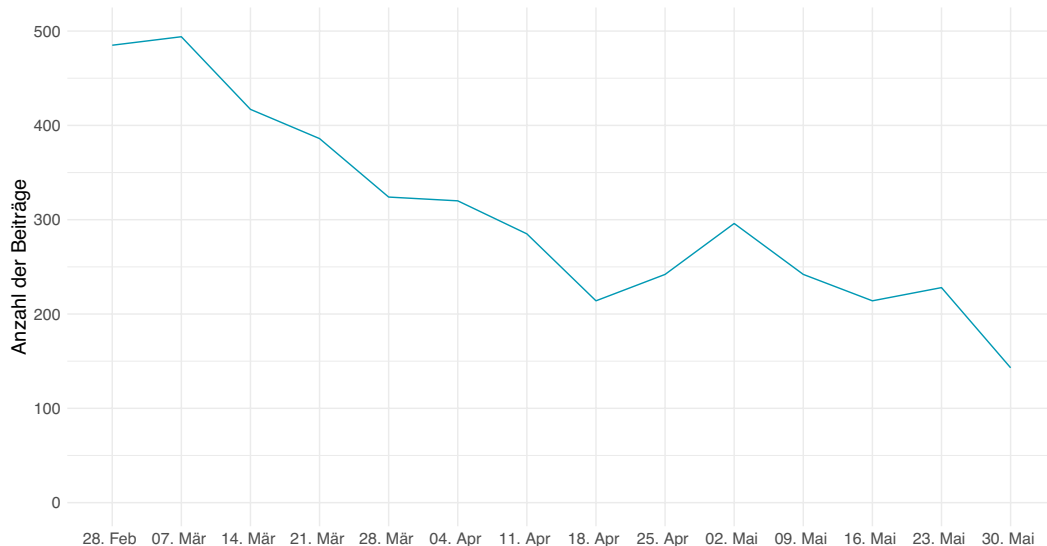


Schaubild 2 zeigt die Entwicklung der Berichterstattungsmenge im Zeitverlauf auf Wochenbasis. Dabei wird erkennbar, dass die wöchentliche Menge der Berichterstattung über den Krieg zwischen Ende Februar und Ende Mai – weitgehend unabhängig von der Relevanz des Kriegsgeschehens und anderer Ereignisse – nahezu kontinuierlich zurückging. Dieses Muster ist aus früheren Krisen wie der „Flüchtlingskrise“ und der Corona-Pandemie bekannt und wird in der Regel mit der Ereignisorientierung von Nachrichtenmedien erklärt: Nachrichtenmedien verlieren im Zeitverlauf zunehmend das Interesse an einem Thema, wenn keine substantiell neuen Ereignisse mehr geschehen.

Schaubild 2: Beitragsmenge im Zeitverlauf

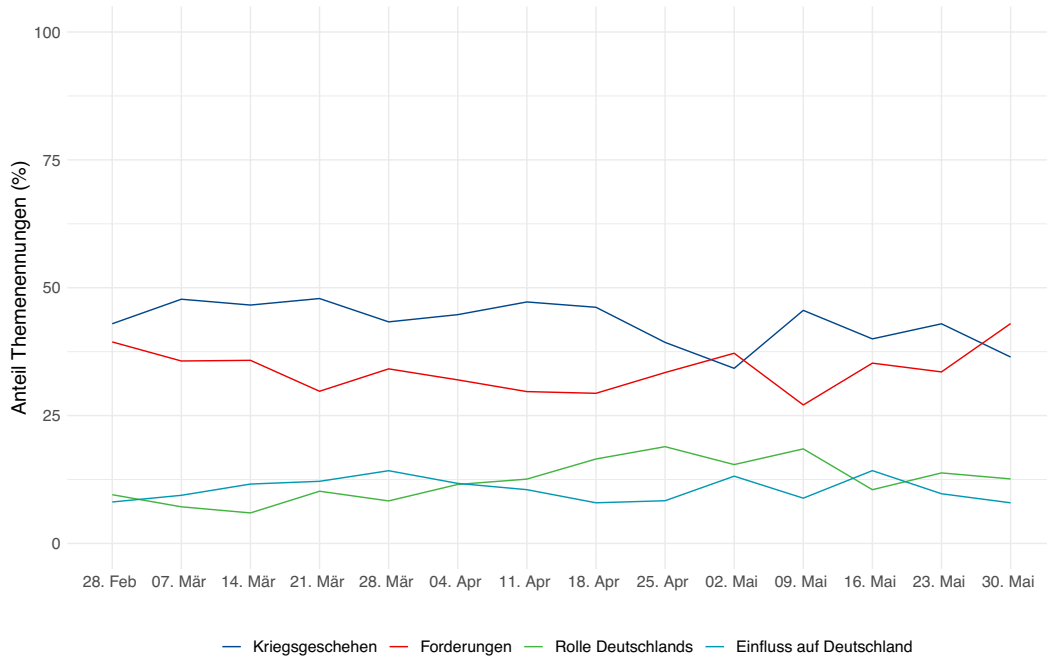


SCHWERPUNKTE DER BERICHTERSTATTUNG

Für jeden Beitrag konnten bis zu drei thematische Schwerpunkte erfasst werden. Der Übersichtlichkeit halber fassen wir die Themen hier zusammen in fünf Gruppen: 1) Kriegsgeschehen und -folgen, 2) Forderungen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges, 3) Rolle Deutschlands im Krieg (z.B. Führungsrolle Deutschlands, Verhalten der Bundesregierung), 4) Einfluss des Krieges auf Deutschland (z.B. Gasmangel, Inflation) und 5) sonstige Themen. Die Analysen zeigen zunächst, dass sich die Berichterstattung insgesamt bei weitem überwiegend mit dem Krieg selbst beschäftigt hat, also dem Kriegsgeschehen (40%) und den Forderungen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges (31%). Hieran hat sich im Zeitverlauf auch relativ wenig geändert: Zwar wurden im Verlauf des März zunächst zunehmend auch die Probleme, die durch den Krieg für die deutsche Bevölkerung entstehen, und im Verlauf des April zunehmend die Rolle Deutschlands im Krieg thematisiert. Zu allen Zeitpunkten ging es in den von uns untersuchten Medien aber vor allem um den Krieg selbst: seine Ursachen, Folgen und Maßnahmen zu seiner Beendigung.

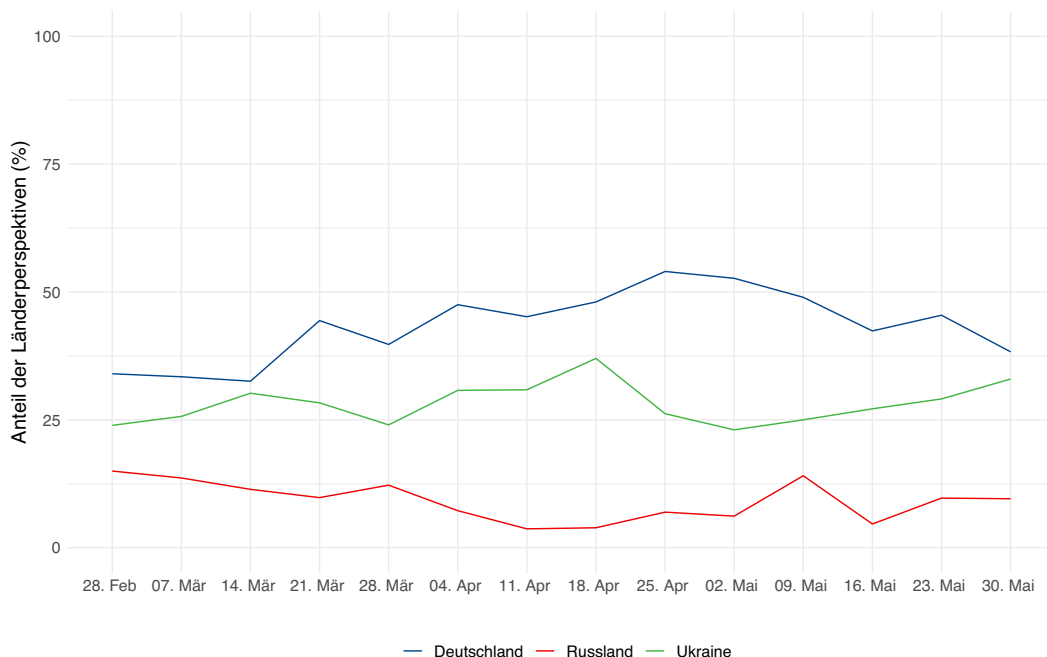
Eine andere Frage ist, auf welchen Länderperspektiven der Schwerpunkt der Berichterstattung lag. Hierzu haben wir für jeden Beitrag erfasst, ob er aus der Perspektive der Ukraine (z.B. Entscheidungen der ukrainischen Regierung oder Probleme der ukrainischen Bevölkerung), aus der Perspektive Russlands (z.B. Entscheidungen der russischen Regierung oder Probleme der russischen Bevölkerung), aus der Perspektive Deutschlands (z.B. Entscheidungen der deutschen Regierung oder Probleme der deutschen Bevölkerung) oder aus der Perspektive eines anderen Landes verfasst wurde. Die Analysen zeigen zunächst, dass in den von uns untersuchten Medien insgesamt die Perspektive Deutschlands vorherrschte (42%). Relativ häufig wurde auch

Schaubild 3: Thematische Schwerpunkte der Berichterstattung



die Perspektive der Ukraine eingenommen (28%). Die Perspektive Russlands wurde dagegen sogar deutlich seltener eingenommen (10%) als die Perspektive anderer Länder, z.B. anderer Nachbarstaaten Russlands (20%). Diese Befunde scheinen zunächst im Widerspruch zu den Befunden zu stehen, nach denen es in der Berichterstattung vor allem um den Krieg selbst ging. Sie erklären sich aber dadurch, dass offensichtlich selbst das Kriegsgeschehen oft vor allem aus der Perspektive der deutschen Politik beleuchtet wurde.

Schaubild 4: Länderperspektive im Zeitverlauf



Betrachtet man die Entwicklungen im Zeitverlauf, wird erkennbar, dass der Fokus zwar durchgängig vor allem auf der Perspektive Deutschlands lag, dies aber zur Mitte des Untersuchungszeitraums besonders deutlich der Fall war. Ende April/Anfang Mai waren mehr als doppelt so viele Beiträge aus der Perspektive Deutschlands verfasst wie aus der Perspektive der Ukraine.

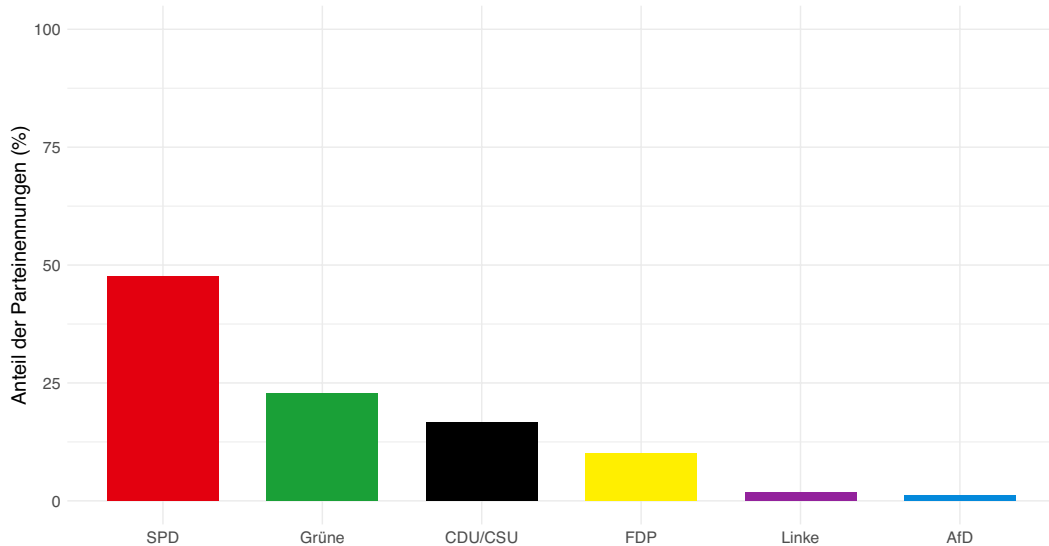
AKTEURE UND IHRE BEWERTUNG

Für jeden Beitrag haben wir bis zu drei **zentrale Akteure** codiert. Dabei galt nicht jede Person oder Gruppe, die im Beitrag erwähnt wird, auch als Akteur. Vielmehr sollten diese nur dann als Akteure codiert werden, wenn im Beitrag ihre Handlungen beschrieben oder ihre Aussagen direkt oder indirekt zitiert wurden. Betrachtet man alle 12.355 erfassten Akteure, wird zunächst deutlich, dass die Medienberichterstattung über den Ukraine-Krieg in erheblicher Weise von politischen Akteuren dominiert wurde (80% aller Akteursnennungen). Die verbleibenden 20 Prozent setzten sich im Wesentlichen aus Akteuren der Zivilgesellschaft zusammen, also Organisationen und Privatpersonen, die beispielsweise Hilfe für die Ukraine organisieren. Anders als während der Corona-Pandemie spielten wissenschaftliche Akteure in der Berichterstattung kaum eine Rolle. Sie kamen hier nur ähnlich häufig vor wie z. B. Journalisten (jeweils etwa 2% der Akteursnennungen).

Unter den politischen Akteuren standen vor allem deutsche Politiker und Parteien im Vordergrund (21%). Obwohl die Beiträge nur selten die Perspektive Russlands einnahmen, kamen russische Politiker doppelt so häufig in den Berichten vor (8%) wie ukrainische Politiker (4%). Das Vorkommen russischer und ukrainischer Politiker beschränkte sich insgesamt allerdings weitgehend auf die Präsidenten Putin (7.4%) und Selenskyj (3.5%).

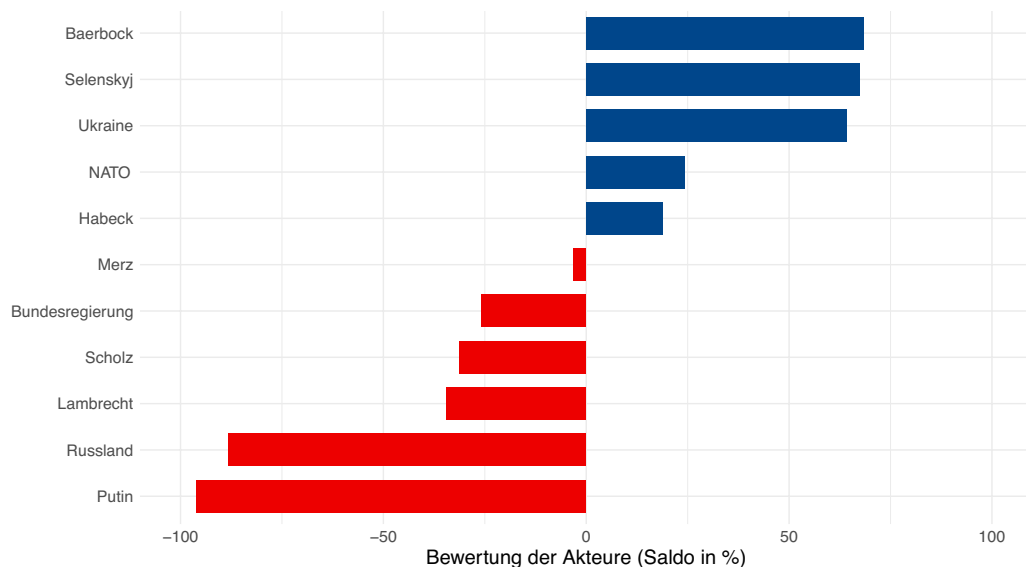
Betrachtet man genauer, welche deutschen Parteien und Politiker die Berichterstattung prägten, zeigt sich das aus Studien zu früheren Krisen bekannte Bild, dass die Oppositionsparteien sowie ihre Vertreter in der Berichterstattung allenfalls marginal vertreten sind. Von den Berichten über deutsche Parteien und ihre Politiker entfielen fast die Hälfte (48%) auf die SPD. Wesentlich seltener kamen die Grünen und ihre Politiker in den Berichten vor (23%). Die CDU/CSU (17%) als größte Oppositionspartei kam zumindest noch häufiger vor als die FDP. Linkspartei und AfD hatten in der Kriegsberichterstattung praktisch keine Medienpräsenz. Vergleicht man die Medienpräsenz von Regierungs- und Oppositionsparteien insgesamt, kam die Regierung auf etwa 80% und somit auf eine mehr als viermal höhere Medienpräsenz als die Opposition. Dieser Befund ist selbstverständlich auch dadurch zu erklären, dass die Regierungsparteien unmittelbar mit Entscheidungen und Handlungen im Rahmen der Krisenbewältigung befasst sind, während dies für die Opposition in der Regel nicht gilt. Dennoch führt dies dazu, dass eventuell abweichende Positionen der Oppositionsparteien medial weniger präsent sind.

Schaubild 5: Anteil einzelner Parteien an allen deutschen Parteiakteuren



Für jeden erfassten Akteur konnte anschließend eine **Akteursbewertung** auf einer fünfstufigen Skala (eindeutig positiv - eindeutig negativ) codiert werden. Schaubild 5 zeigt den Saldo aus positiven und negativen Bewertungen für elf besonders häufig bewertete Akteure in Prozent. Nahezu ausschließlich positive Bewertungen erhielten dabei die Ukraine (Saldo 64%) und ihr Präsident Selenskyj (67%). Dagegen wurden Russland (-88%) und Präsident Putin (-96%) fast ausschließlich negativ bewertet. Noch positiver als die Ukraine und ihr Präsident schnitt im Urteil der von uns untersuchten Medien allerdings Außenministerin Baerbock ab (68%), während Kanzler Scholz (-31%) und die Bundesregierung insgesamt (-26%) überwiegend negativ bewertet wurden. Gleiches galt für Verteidigungsministerin Lambrecht (-35%), während Oppositionsführer Merz weitgehend ausgeglichen bewertet wurde.

Schaubild 6: Bewertung der wichtigsten Konfliktakteure

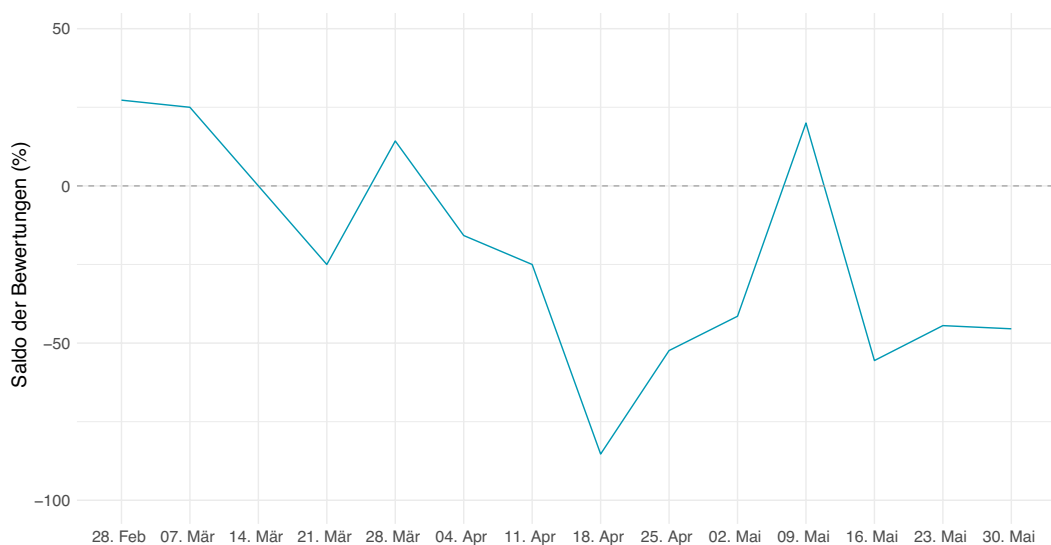


Insgesamt zeigt sich nicht, dass die von uns untersuchten Medien gegenüber der Bundesregierung besonders kritiklos waren. Vielmehr bewerteten sie nur die grünen Minister Baerbock und Habeck (19%) deutlich positiv, während sie die übrigen Regierungsmitglieder überwiegend kritisierten.

Vergleicht man die Akteursbewertungen in eigentlich neutralen journalistischen Stilformen (Nachricht, Bericht) und meinungsbetonten Stilformen (Kommentar, Reportage), zeigen sich kaum Unterschiede. Zwar wurden die dargestellten Akteure in als Meinungsbeiträgen gekennzeichneten Artikeln etwas häufiger bewertet als in Nachrichten und Berichten (etwa 60% vs. etwa 40% wertende Darstellungen). Die Bewertungen unterschieden sich in Richtung und Extremität aber kaum. Einzig bei Oppositionsführer Merz unterschied sich die Tendenz der Darstellung in Nachrichten (leicht positiv) von der Tendenz in Meinungsbeiträgen (ähnlich negativ wie Bundeskanzler Scholz).

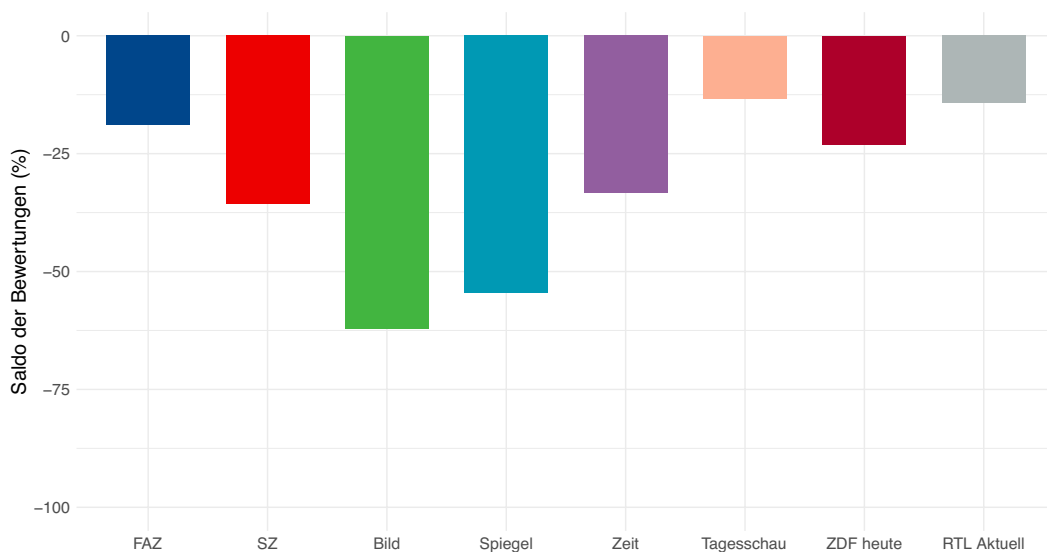
Während die meisten Akteure zu selten bewertet wurden, um Veränderungen auf Wochenbasis aufzuzeigen, und sowohl Putin, als auch Selenskyj so eindeutig bewertet wurden, dass im Zeitverlauf kaum Veränderungen erkennbar sind, nimmt die Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Untersuchungszeitraum einen bemerkenswerten Verlauf. Wurde Scholz nach seiner Zeitenwende-Rede am 27. Februar in den ersten drei Wochen nach Kriegsausbruch noch überwiegend positiv bewertet, verschlechterte sich seine Bewertung bis Mitte April im Zuge der anhaltenden Diskussionen um Waffenlieferungen und einen möglichen Scholz-Besuch in der Ukraine fast kontinuierlich. Nachdem die Berichterstattungstendenz Anfang Mai kurzzeitig wieder leicht ins Positive gewechselt war, verschlechterte sie sich zum Ende des Untersuchungszeitraums erneut deutlich.

Schaubild 7: Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Zeitverlauf



Betrachtet man die Darstellung von Scholz in unterschiedlichen Medien (Schaubild 8), zeigt sich, dass alle von uns untersuchten Medien Scholz überwiegend negativ dargestellt haben. Allerdings zeigen sich hier auch Unterschiede im Ausmaß der negativen Darstellung. Besonders negativ wurde Scholz von der *Bild* (-62%) und dem *Spiegel* (-54%) bewertet. Am wenigsten negativ berichteten die *Tagesschau* (-13%), *RTL aktuell* (-14%) und etwas überraschend die grundsätzlich konservative und damit Scholz eigentlich eher nicht nahestehende *FAZ* (-19%).

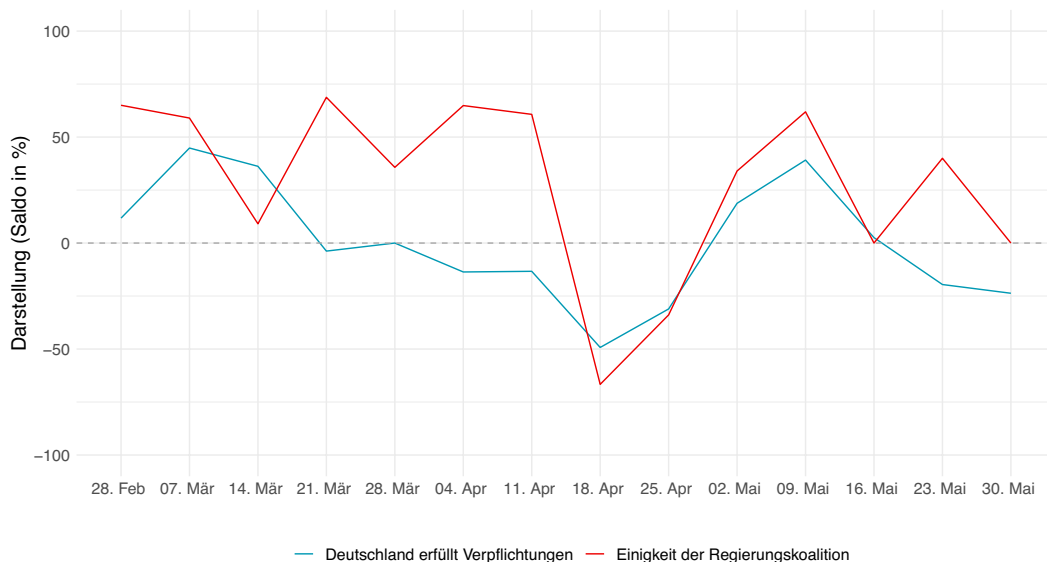
Schaubild 8: Bewertung von Bundeskanzler Scholz im Medienvergleich



Um die Bewertungen von Scholz noch etwas präziser zu erfassen, haben wir auch codiert, wie seine **Fähigkeit und Bereitschaft, Entscheidungen zu treffen**, in den Medien charakterisiert wurde. Dabei unterscheiden wir vier mögliche Charakterisierungen: 1) geringe Entscheidungsbereitschaft, negativ konnotiert (zögerlich, zaudernd); 2) geringe Entscheidungsbereitschaft, positiv konnotiert (überlegt, abwägend); 3) hohe Entscheidungsbereitschaft, negativ konnotiert (unüberlegt, widersprüchlich) und 4) hohe Entscheidungsbereitschaft, positiv konnotiert (entscheidungsstark, tatkräftig). Die allgemeinen Befunde zeigen zunächst, dass Scholz nur sehr selten als überlegt/abwägend (4% aller Beiträge über Scholz) oder unüberlegt/widersprüchlich (2%) charakterisiert wurde. Am häufigsten wurde er als zögerlich/zaudernd (30%) und entscheidungsstark/tatkräftig (10%) bezeichnet. Die Fallzahlen reichen hier nicht für eine wöchentliche Betrachtung der Veränderungen aus. Auf Monatsbasis zeigt sich aber, dass der Verlauf dieser Bewertungen dem Verlauf der Gesamtbewertung von Scholz weitgehend entspricht: Während Scholz zunächst überwiegend als entscheidungsstark/tatkräftig charakterisiert wurde, änderte sich dies bereits im März. Von da an galt er in den von uns untersuchten Medien deutlich überwiegend als zögerlich/zaudernd.

Neben der Bewertung der wichtigsten Akteure haben wir auch zwei weitere, etwas spezifischere **Bewertungen der Bundesregierung** in die Analyse aufgenommen: Zum einen haben wir auf einer fünfstufigen Skala erhoben, ob die Beiträge den Eindruck vermitteln, dass Deutschland seine (moralischen) Verpflichtungen in Bezug auf den Ukraine-Krieg erfüllt oder nicht (Verpflichtungen werden eindeutig erfüllt – Verpflichtungen werden eindeutig nicht erfüllt). Worin die Verpflichtungen bestehen können (z.B. humanitäre Hilfe, Aufnahme von Geflüchteten, Waffenlieferungen), haben wir hier zunächst bewusst offengelassen. Zum anderen haben wir erfasst, ob die Beiträge den Eindruck vermitteln, dass innerhalb der Regierungskoalition in Bezug auf den Ukraine-Krieg eher Einigkeit oder eher Uneinigkeit herrscht (eindeutig einig/geschlossen – eindeutig nicht einig/geschlossen).

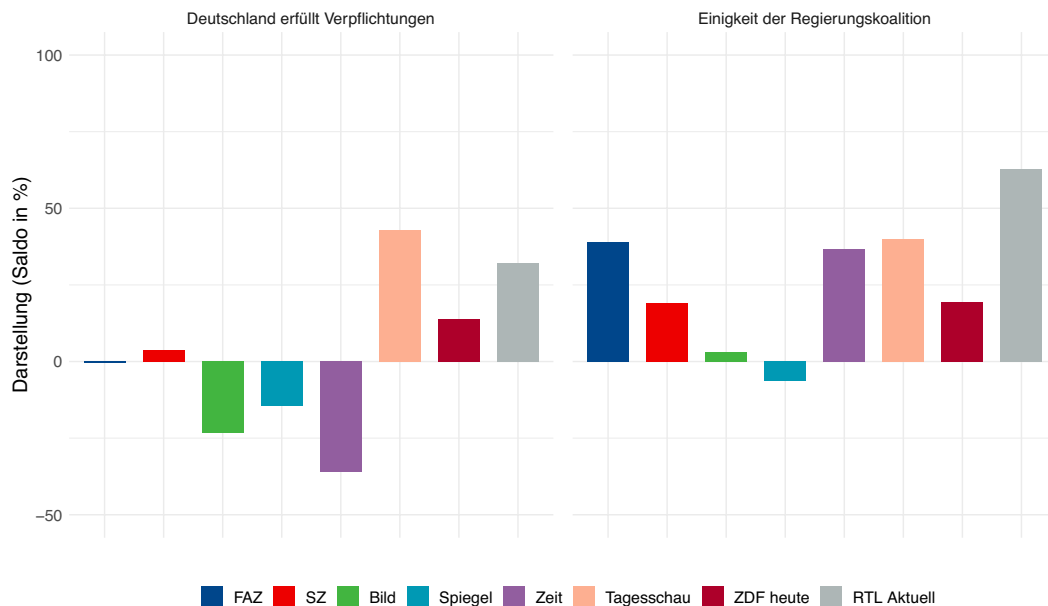
Schaubild 9: Darstellung der Bundesregierung im Zeitverlauf



Etwas mehr als ein Drittel aller Beiträge (38%) vermittelt insgesamt den Eindruck, Deutschland komme seinen Verpflichtungen nach, während ähnlich viele Beiträge (36%) den gegenteiligen Eindruck vermitteln. Zugleich überwiegt in der Berichterstattung der Eindruck, in der Regierungskoalition herrsche Einigkeit (60%). Im Zeitverlauf weisen beide Indikatoren allerdings erhebliche Schwankungen auf, die zudem fast exakt parallel verlaufen. Demnach wurde zu Kriegsbeginn überwiegend der Eindruck vermittelt, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen und die Bundesregierung sei einig. Dies änderte sich jedoch deutlich im Verlauf des Aprils als Kanzler Scholz von mehreren Mitgliedern der Regierungsparteien zur Lieferung schwerer Waffen und zu einem Besuch der Ukraine gedrängt wurde, beides aber zunächst ablehnte. Anfang Mai hatten sich diese negativen Darstellungen dann wieder ins Positive gewendet, nachdem die Bundesregierung die Lieferung schwerer Waffen Ende April beschlossen hatte. Auch dieser Verlauf ähnelt folglich weitgehend dem Verlauf der Tendenz der Darstellung von Kanzler Scholz.

In beiden Fällen zeigen sich zudem deutliche Unterschiede in der Berichterstattung der verschiedenen Medien. Während die drei Fernsehnachrichtensendungen deutlich überwiegend den Eindruck vermittelten, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen, und sich die Einschätzungen in den beiden überregionalen Tageszeitungen weitgehend die Waage hielten, dominierte in der *Bild*, aber auch in *Spiegel* und *Zeit* die Position, Deutschland erfülle seine Verpflichtungen eher nicht. Der Regierungskoalition wurde in allen Medien außer dem *Spiegel* überwiegend Einigkeit attestiert. Bei der *Bild* hielten sich die Einschätzung von Einigkeit und Uneinigkeit in etwa die Waage.

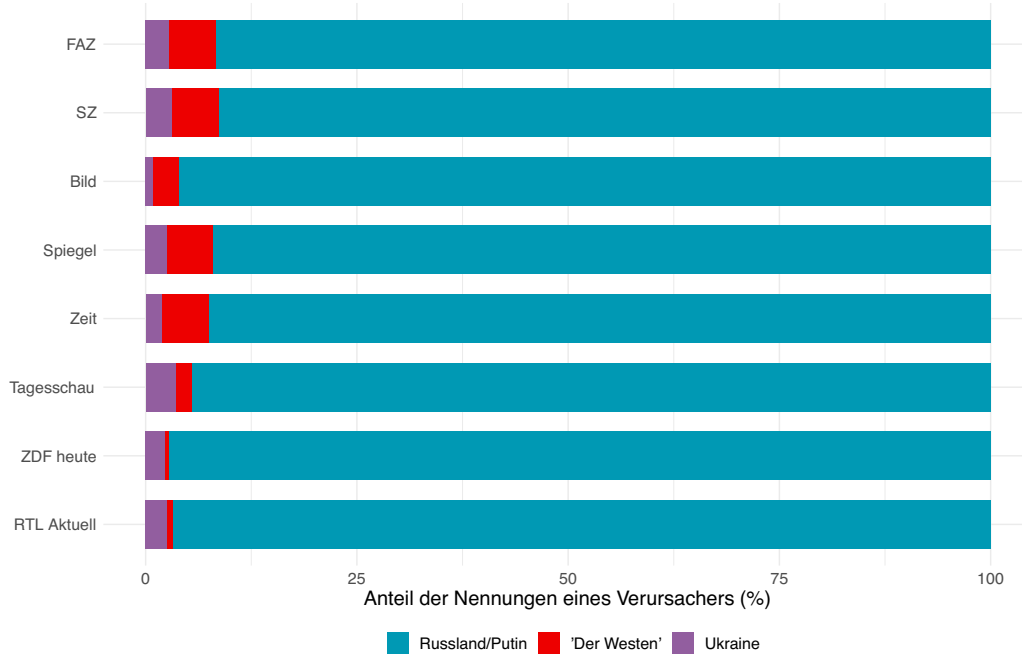
Schaubild 10: Darstellung der Bundesregierung im Medienvergleich



KRIEGSVERURSACHER, MASSNAHMEN UND KRIEGSFOLGEN

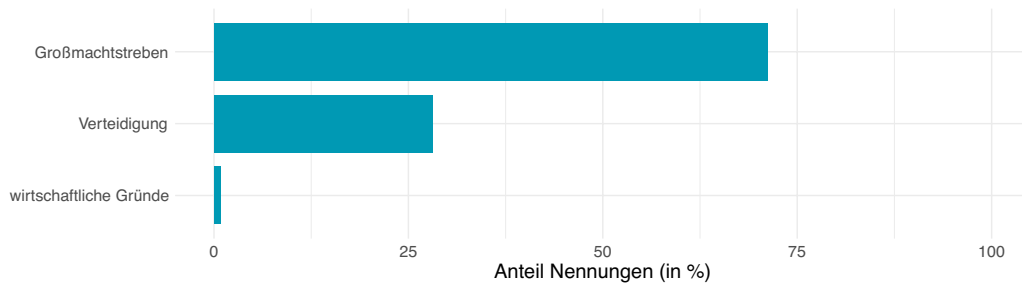
Um zu messen, wer in den von uns untersuchten Medien als **Verursacher des Ukraine-Krieges** bezeichnet wurde, haben wir für jeden Beitrag drei potenzielle Verursacher erfasst: Russland, die Ukraine und „der Westen“, also die USA, die NATO usw. Es konnten für jeden Beitrag folglich auch zwei oder alle drei Gennannten als Verursacher codiert werden. Dennoch wurde in nahezu allen Beiträgen (93%) Russland bzw. Präsident Putin die alleinige Verantwortung für den Krieg zugeschrieben. „Der Westen“ wurde in nur 4% als (mit-)verantwortlich bezeichnet, die Ukraine noch seltener (2%). Andere Verursacher als Russland wurden zudem allenfalls in den beiden überregionalen Tageszeitungen sowie in *Spiegel* und *Zeit* in nennenswerter Häufigkeit erwähnt (je etwa 10%).

Schaubild 11: Nennung von Kriegsverursachern im Medienvergleich



Darüber hinaus haben wir für jeden Beitrag auch erfasst, ob Russland darin ein **Motiv für den Angriff auf die Ukraine** unterstellt wurde, und um welches Motiv es sich dabei ggf. handelt. Dabei haben wir drei mögliche Motive unterschieden: a) das aktive Streben nach Macht (Großmachtdenken/Wiederherstellen der alten Sowjetunion), b) die Verteidigung gegen die NATO(-Osterweiterung) und c) wirtschaftliche Motive. Die Analysen zeigen zunächst, dass solche Motive insgesamt nur relativ selten (253 Beiträge) thematisiert wurden. Wenn sie thematisiert wurden, dominierte eindeutig das Motiv des Großmachtstrebens (71% der Beiträge). In immerhin 28 Prozent der Beiträge wurde als zentrales Motiv für den Angriff die Verteidigung gegen die NATO genannt. Wirtschaftliche Motive wurden Russland so gut wie nie unterstellt.

Schaubild 12: Darstellung von Motiven für den russischen Einmarsch

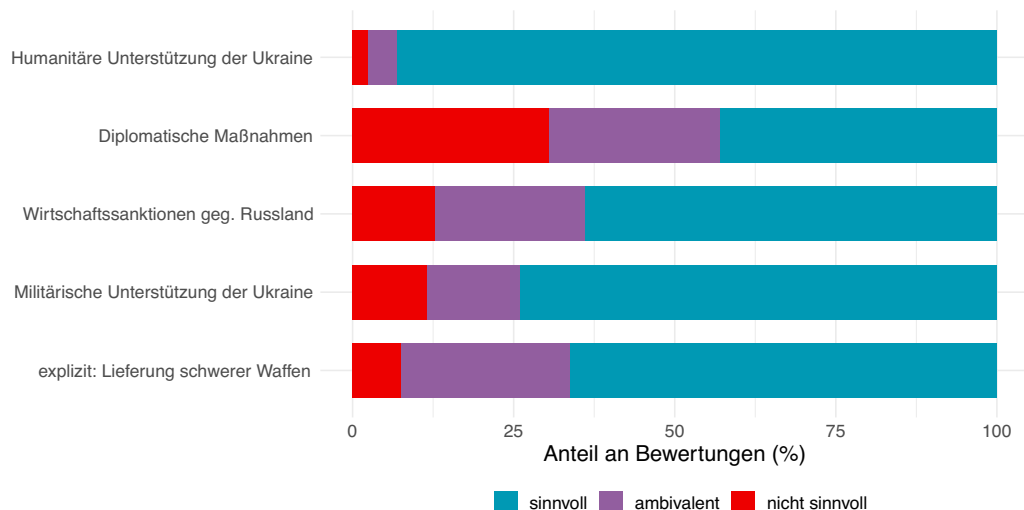


Die vielleicht zentrale Streitfrage im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg war während unseres Untersuchungszeitraums und ist prinzipiell bis heute, welche Maßnahmen am ehesten geeignet sind, den Krieg zu beenden. Um zu messen, wie dies in den von uns untersuchten Medien dargestellt wurde, haben wir zunächst erfasst, welche **Hilfsmaßnahmen und Maßnahmen zur Beendigung des Krieges** in einem Beitrag erwähnt wurden. Dabei konnten bis zu drei Maßnahmen codiert werden. Für jede dieser Maßnahmen haben wir anschließend auf einer fünfstufigen Skala erfasst, als wie sinnvoll diese Maßnahmen bewertet wurden (eindeutig sinnvoll - eindeutig nicht sinnvoll). Für die Analysen konzentrieren wir uns hier auf die fünf Maßnahmen, die am häufigsten thematisiert wurden und die Konfliktlinien am besten abbilden: Humanitäre Maßnahmen (z.B. Lieferung von Lebensmitteln, Medikamenten), diplomatische Maßnahmen, militärische Unterstützung für die Ukraine, wobei wir noch einmal explizit die Lieferung schwerer Waffen unterscheiden, und wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland.

Die Analysen zeigen, dass sich die Berichterstattung mit Abstand am häufigsten Wirtschaftssanktionen gegen Russland widmete (1.168 Nennungen), wobei die Medien diese Maßnahme in zwei Dritteln der Fälle (66%) wertend einordneten. Militärische Unterstützung für die Ukraine wurde in 748 Fällen thematisiert und in 72% dieser Fälle bewertet. Deutlich seltener thematisierten die Medien diplomatische Maßnahmen (393; in 66% bewertet) sowie explizit die Lieferung schwerer Waffen (330; in 83% bewertet). Humanitäre Maßnahmen waren noch seltener Gegenstand medialer Berichterstattung (284) und wurden zudem am seltensten bewertet (56%).

Betrachtet man die Richtung der **Bewertung**, wird erkennbar, dass humanitäre Maßnahmen in den von uns untersuchten Medien mit Abstand am ehesten als sinnvoll bewertet wurden (93%). Außerdem bewerteten die von uns untersuchten Medien auch die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen (74%) außerordentlich positiv. Etwas weniger deutlich, aber immer noch als überwiegend sinnvoll wurde auch die Lieferung von schweren Waffen bewertet, wenn diese explizit angesprochen wurde (66%). Ähnlich häufig als sinnvoll bewertet wurde zudem die Verhängung wirtschaftlicher Sanktionen (64%). Diplomatische Verhandlungen wurden dagegen in weniger als der Hälfte der Beiträge (43%) als sinnvoll erachtet.

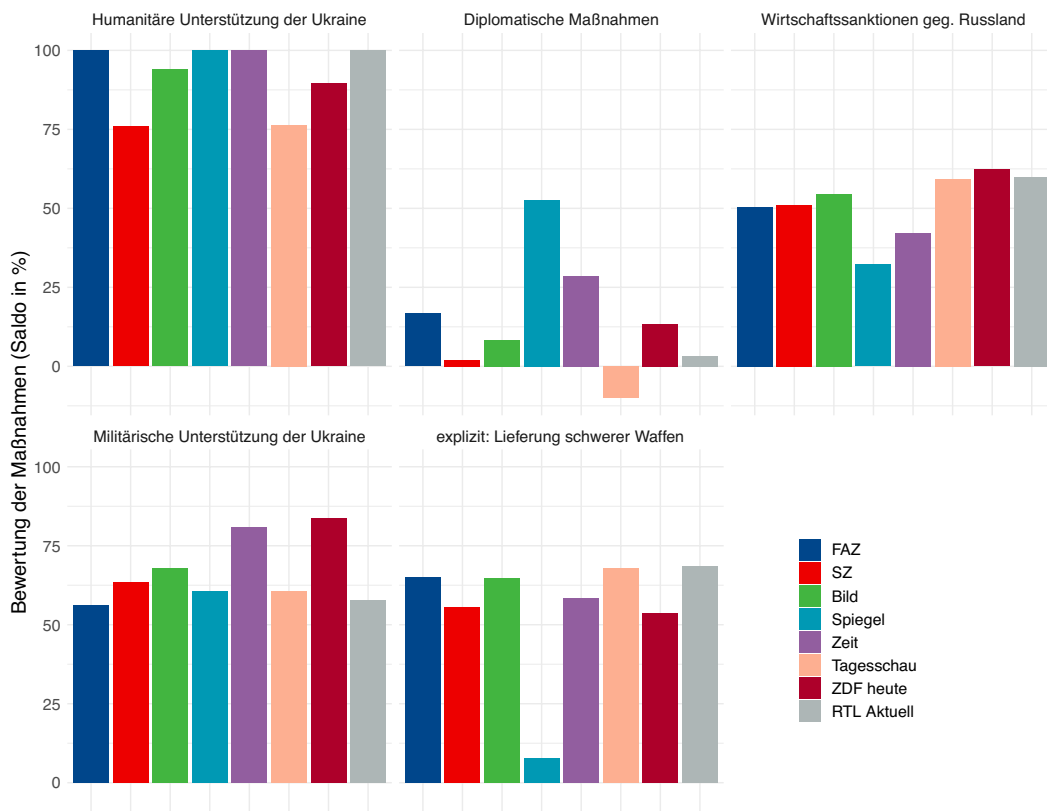
Schaubild 13: Bewertung unterschiedlicher Maßnahmen



Eine zentrale Frage der öffentlichen Diskussion war auch, ob „die Medien“ in dieser Frage eine einheitliche Position vertreten oder eher gespalten sind. Unsere Analysen zeigen, dass die Lieferung schwerer Waffen von allen untersuchten Medien mit Ausnahme des *Spiegel* deutlich überwiegend befürwortet wurde (Saldo aus positiven und negativen Bewertungen jeweils über 50%). Im *Spiegel* dagegen hielten sich ablehnende und befürwortende Beiträge in etwa die Waage (Saldo 8%). Deutlich unterschiedlicher fielen die Urteile über diplomatische Maßnahmen aus. Diese wurden vom *Spiegel* mit Abstand als am sinnvollsten bewertet (Saldo 53%), womit der *Spiegel* auch das einzige der untersuchten Medien war, das diplomatische Verhandlungen positiver bewertete als die Lieferung schwerer Waffen.

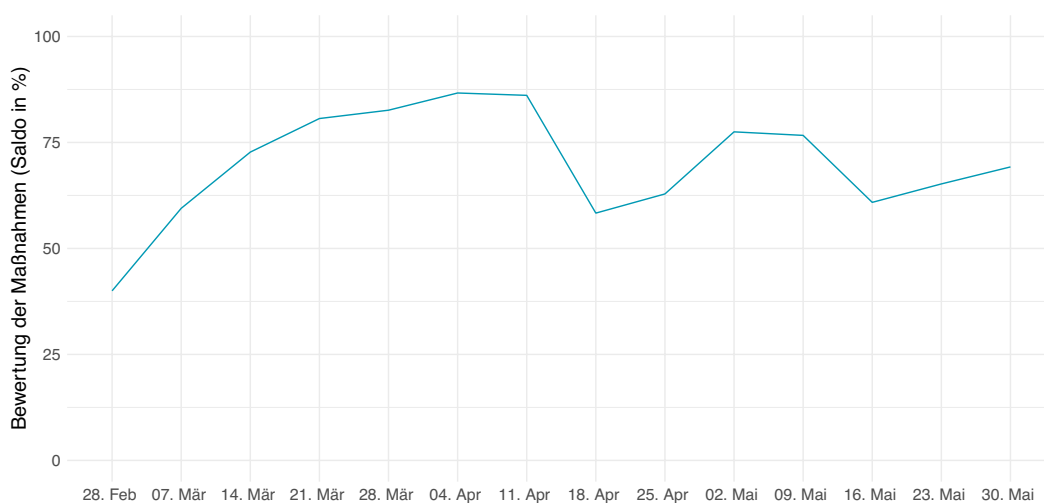
Auch die *Zeit*, die *FAZ* und die *heute*-Nachrichten beschrieben diplomatische Maßnahmen deutlich überwiegend als sinnvoll, wohingegen sie von der *Tagesschau* sogar leicht überwiegend als nicht sinnvoll beschrieben wurden (-10%). Relativ ähnlich positiv fielen die Urteile der von uns untersuchten Medien über Waffenlieferungen im Allgemeinen aus. Zwar unterstützten *Spiegel* und *Tagesschau* diese Maßnahme etwas weniger als z. B. *Bild* und die *heute*-Nachrichten. Insgesamt wurden Waffenlieferungen aber in allen untersuchten Medien mehrheitlich als sinnvoll eingeschätzt. Gleiches galt auch für wirtschaftliche Sanktionen, wobei die Urteile im *Spiegel* und in der *Zeit* etwas weniger eindeutig ausfielen als in den übrigen Medien, und für humanitäre Maßnahmen.

Schaubild 14: Bewertung der Maßnahmen im Medienvergleich



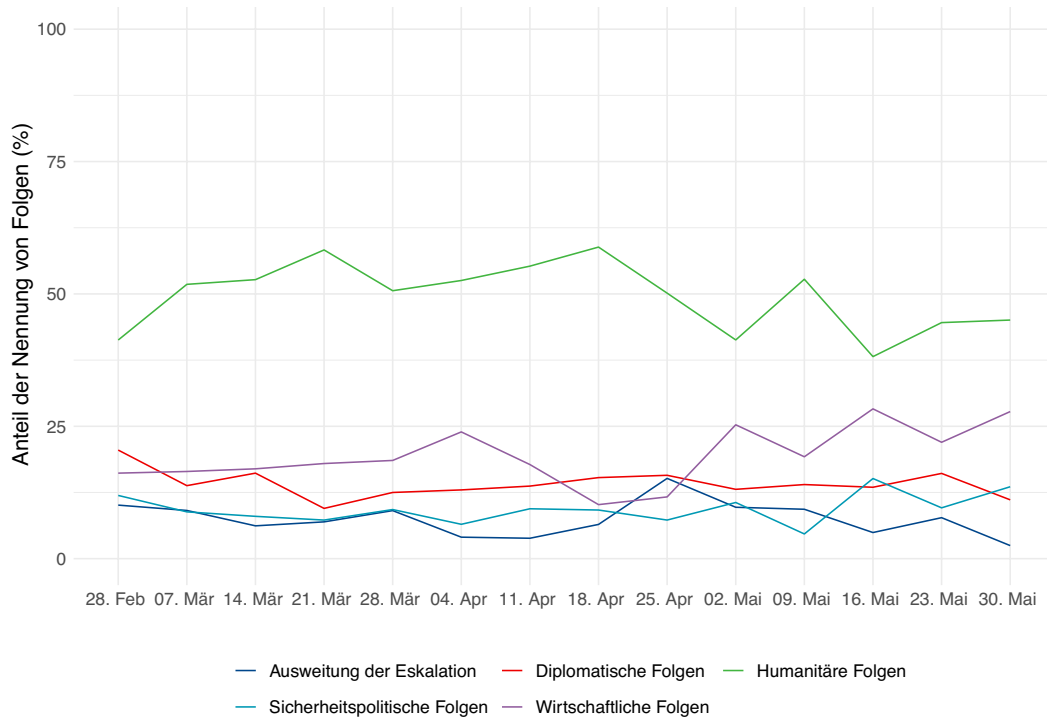
Im Verlauf unseres Untersuchungszeitraums zeigt sich vor allem im Hinblick auf die militärische Unterstützung für die Ukraine ein bemerkenswerter Trend. Betrachten wir hier wieder den Saldo aus positiven und negativen Darstellungen, wird erkennbar, dass die militärische Unterstützung der Ukraine in den von uns untersuchten Medien zwar von Beginn an überwiegend als sinnvoll charakterisiert wurde – zunächst allerdings nur leicht überwiegend. Dies änderte sich massiv im Verlauf des März, in dem die mediale Zustimmung zu einer militärischen Unterstützung der Ukraine zunächst deutlich zunahm und fortan weitgehend auf diesem hohen Niveau verblieb.

Schaubild 15: Bewertung der militärischen Unterstützung für die Ukraine im Zeitverlauf



Ähnlich wie im Falle der Maßnahmen konnten pro Beitrag schließlich auch drei Kriegsfolgen erfasst werden, die im Beitrag als bereits eingetreten oder als wahrscheinlich zukünftig eintretend beschrieben werden. Die im Detail erfassten Folgen haben wir anschließend in fünf Gruppen zusammengefasst: Humanitäre Folgen (zivile Opfer, Fluchtbewegungen), wirtschaftliche Folgen (Inflation, Rohstoffknappheit), sicherheitspolitische Folgen (Aufrüstung, NATO-Erweiterung), diplomatische Folgen (Verschlechterung der Beziehungen zu Russland, Zusammenrücken des Westens) und Folgen der Eskalation des Konfliktes (Ausweitung auf andere Länder, Gefahr eines Atomkrieges). Die Analysen zeigen, dass im gesamten Untersuchungszeitraum vor allem humanitäre Folgen thematisiert wurden, die jeweils etwa die Hälfte der erwähnten Folgen ausmachten. Wirtschaftliche Folgen, insbesondere für Deutschland, wurden vor allem ab Mai zunehmend diskutiert und machten am Ende des Untersuchungszeitraum etwa ein Viertel aller genannten Folgen aus. Folgen der Eskalation des Konfliktes durch die westliche Unterstützung der Ukraine wurden – abgesehen von der letzten Aprilwoche, in der es vor allem um die Diskussion um die Lieferung schwerer Waffen ging – kaum thematisiert. Größere Unterschiede zwischen den untersuchten Medien waren hier nicht erkennbar.

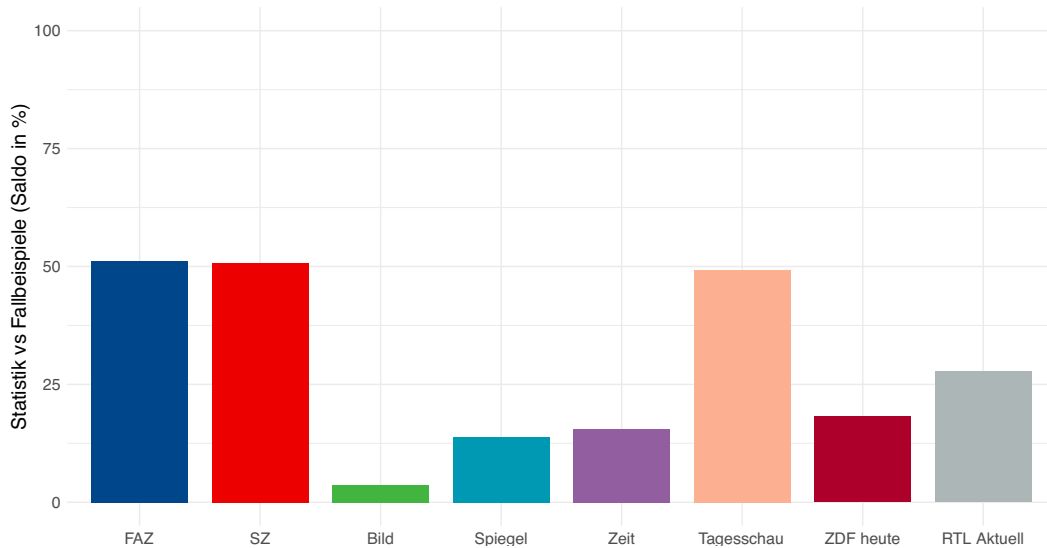
Schaubild 16: Darstellung unterschiedlicher Kriegsfolgen im Zeitverlauf



SACHLICHKEIT UND VOLLSTÄNDIGKEIT DER DARSTELLUNG

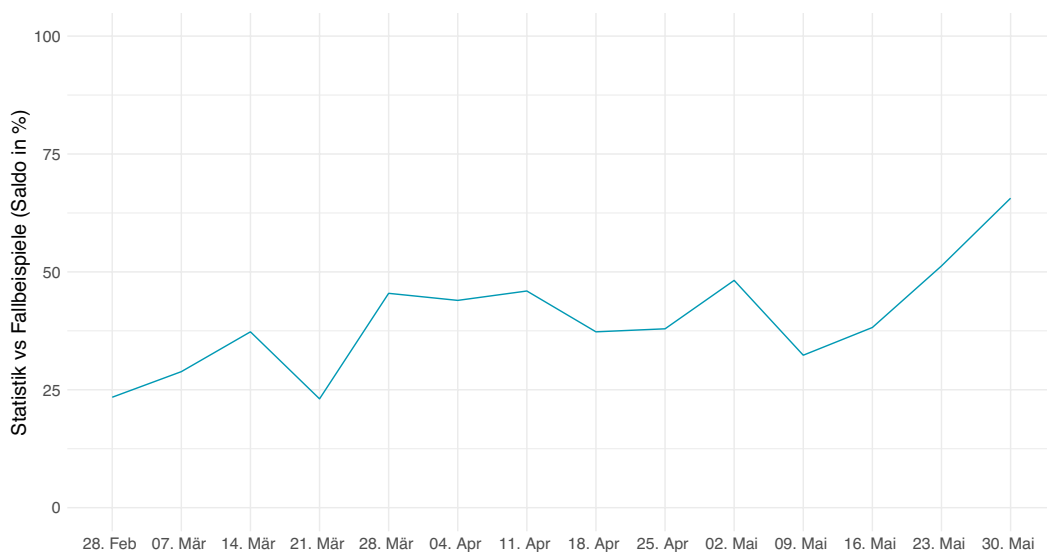
Um die Sachlichkeit der Berichterstattung zu messen, haben wir erfasst, ob in einem Beitrag statistische Informationen oder Fallbeispiele (thematisches vs. episodisches Framing) im Vordergrund standen. So können beispielsweise die Opfer des Krieges anhand von Statistiken („Seit Kriegsbeginn sind in der Region 2000 Menschen gestorben“) oder anhand von Einzelschicksalen (Porträt einer Frau, deren Man gestorben ist) beschrieben werden. Unsere Analysen zeigen, dass in allen Medien statistische Informationen dominierten. Allerdings galt dies für einige Medien sehr deutlich, während sich in anderen Medien statistische Informationen und Fallbeispiele fast die Waage hielten. Dies war vor allem in der *Bild* (Saldo 4%) der Fall, während in der *Süddeutschen Zeitung*, der *FAZ* und der *Tagesschau* am stärksten statistische Informationen überwogen (Saldo jeweils etwa 50%).

Schaubild 17: Anteil von statistischen Informationen und Fallbeispielen



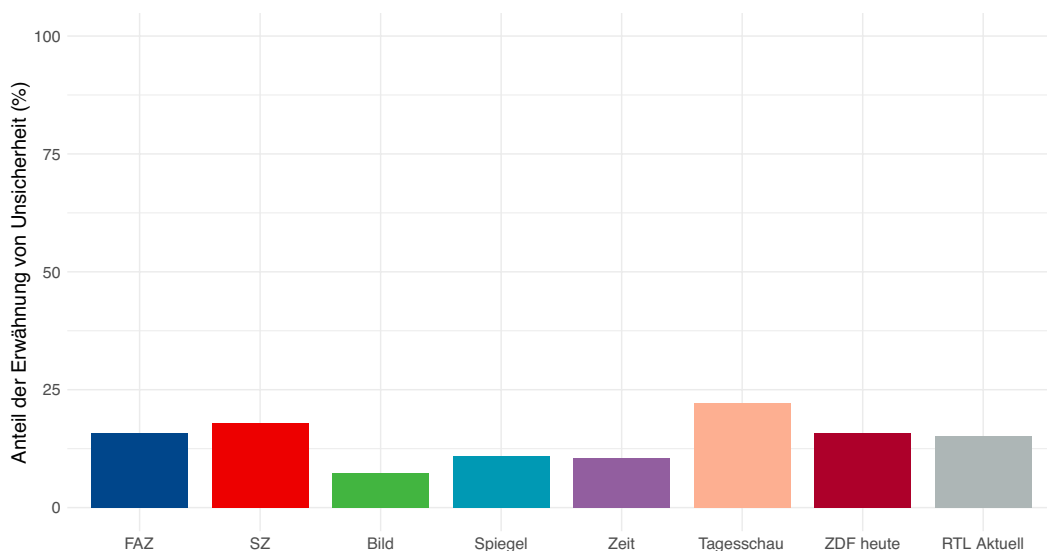
Betrachtet man das Verhältnis von statistischen Informationen und Fallbeispielen im Zeitverlauf, zeigt sich eine bemerkenswerte Entwicklung: Zwar dominierten im gesamten Untersuchungszeitraum statistische Informationen. Diese Dominanz nahm im Zeitverlauf aber fast kontinuierlich weiter zu. Während die von uns untersuchten Medien zu Kriegsbeginn also noch relativ häufig auch Fallbeispiele verwendeten, die im Allgemeinen mit einer eher emotionalen Berichterstattung einhergehen, berichteten sie vor allem ab Mai bei weitem überwiegend anhand von (sachlichen) Statistiken über das Kriegsgeschehen und die Folgen des Krieges. Ein nahezu exakt gleiches Muster wies im Übrigen auch die Berichterstattung über die Corona-Pandemie auf.

Schaubild 18: Anteil von statistischen Informationen und Fallbeispielen im Zeitverlauf



Unter Vollständigkeit der Darstellung verstehen wir hier das Vorhandensein von Hinweisen auf Unsicherheit in der Kriegsberichterstattung. Wenn es um das Kriegsgeschehen (Landgewinne, Opferzahlen usw.) geht, sind gesicherte Informationen meist nicht verfügbar, weil Journalisten nicht unmittelbar anwesend und deshalb auf die Darstellung des Kriegsgeschehens durch die Kriegsparteien angewiesen sind. Diese wiederum ist Teil der Kriegspropaganda und deshalb oft unzuverlässig. Zur Vollständigkeit der Berichterstattung gehört es deshalb, die Unsicherheit dieser Informationen deutlich zu machen, z. B. durch Verwendung des Konjunktivs oder durch explizite Hinweise darauf, dass gesicherte Informationen zum Kriegsgeschehen nicht oder nur schwer verfügbar sind. Unsere Daten zeigen, dass die untersuchten Medien sehr unterschiedlich häufig Hinweise auf Unsicherheit enthielten. Während die Tagesschau in rund einem Viertel ihrer Beiträge über das Kriegsgeschehen Hinweise auf Unsicherheit gab, galt dies für weniger als 7 Prozent der Beiträge in der Bild.

Schaubild 19: Darstellung von Unsicherheit in Beiträgen über das Kriegsgeschehen



Fazit

Das Fazit unserer Studie fällt durchaus differenziert aus. In einigen Fällen haben die von uns untersuchten Medien tatsächlich sehr einheitlich über den Krieg berichtet. Das betrifft insbesondere die Zuschreibung der Kriegsverantwortung an Russland und die Bewertung der beiden Kriegsparteien. Dieses Berichterstattungsmuster ist aber wenig verwunderlich, weil Russland – bei allem möglichen Verständnis für eine dort vielleicht als bedrohlich wahrgenommene Ost-Erweiterung der NATO – einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine führt, der wenig Spielraum für andere Bewertungen lässt.

In anderen Fällen ist die Einheitlichkeit der Berichterstattung allerdings weniger trivial. Dies betrifft insbesondere die Bewertung der unterschiedlichen Maßnahmen zur Beendigung des Krieges. Dass die militärische Unterstützung der Ukraine im Allgemeinen und die Lieferung schwerer Waffen im Besonderen in den meisten der untersuchten Medien als deutlich überwiegend sinnvoll und auch als sinnvoller als diplomatische Maßnahmen dargestellt wurden, ist angesichts der schrecklichen Bilder aus der Ukraine und der offensichtlich mangelnden Verhandlungsbereitschaft auf russischer Seite verständlich, überrascht in dieser Deutlichkeit aber dennoch und ist in früheren vergleichbaren Fällen wie insbesondere dem russischen Einmarsch in die Ukraine 2014 vermutlich (hierzu liegen bislang allerdings keine empirischen Daten vor) anders ausgefallen. Umso bemerkenswerter ist, dass der *Spiegel* als einziges Medium zumindest über die Lieferung schwerer Waffen sehr abwägend berichtete und eine diplomatische Lösung als sinnvoller darstellte. Vollkommen einheitlich berichteten die untersuchten Medien also nicht. Dennoch ist im Untersuchungszeitraum ein relativ starker Zusammenhang zwischen der Tendenz der Medienberichterstattung und der über Umfragen gemessenen Bevölkerungsmeynung zu Waffenlieferungen erkennbar. Ob die Medienberichterstattung die Bevölkerungsmeynung beeinflusst hat oder umgekehrt die Medien auf die Stimmung in der Bevölkerung reagiert haben, lässt sich mit den vorliegenden Daten allerdings nicht prüfen, weil die Befragungsdaten dazu viel zu selten erhoben wurden. Nötig wären hier z. B. wöchentliche Befragungsdaten, die man mit den Befunden der Inhaltsanalyse im Zeitverlauf korrelieren könnte, um Aussagen über das Ursache-Wirkungs-Verhältnis zu treffen.

Schließlich fiel die Medienberichterstattung in einigen Fällen auch gar nicht einheitlich und schon gar nicht regierungsfreundlich aus. Kanzler Scholz wurde zwar zunächst für seine Entscheidungsfreudigkeit gelobt, dann aber als Zauderer kritisiert, weil er mit der Lieferung schwerer Waffen und einem Besuch in der Ukraine abwartete. Auch wenn ihn insgesamt alle untersuchten Medien überwiegend kritisierten, fielen die Urteile doch sehr unterschiedlich stark negativ aus. Ähnlich negativ wurde insgesamt auch über die Bundesregierung berichtet, wobei sich teilweise aber auch vollkommen entgegengesetzte Bewertungen in den unterschiedlichen Medien zeigten und nicht alle Regierungsmitglieder gleichermaßen von der Kritik betroffen waren. Alles in allem deutet aber vieles darauf hin, dass die Medienberichterstattung – ähnlich wie in der Corona-Pandemie – nicht regierungsnah war, sondern die Regierung eher für ihre zögerliche Haltung kritisierte.

Zur Einordnung dieser Befunde muss noch einmal darauf hingewiesen werden, dass wir hier nur die ersten drei Monate nach Kriegsbeginn untersucht haben. Es ist durchaus denkbar, dass die Berichterstattung im weiteren Kriegsverlauf noch einheitlicher oder regierungsfreundlicher geworden ist. Andererseits haben wir uns hier auf die Analyse weniger Leitmedien konzentriert. Auch wenn wir davon ausgehen können, dass deren Berichterstattung einen Einfluss auf andere Medien hatte, existieren zugleich am rechten und linken Rand des publizistischen Spektrums weitere Medien, die möglicherweise ganz anders über das Kriegsgeschehen berichtet haben.

Diese Medien haben zwar kein großes Publikum und vermutlich keinen großen Einfluss auf andere Medien. Sie müssen bei einer Analyse der Vielfalt im Mediensystem aber trotzdem prinzipiell mitgedacht werden. Schließlich bieten unsere Befunde vielfältige Anknüpfungspunkte für weitere Forschung. Dies betrifft insbesondere den Vergleich mit der Medienberichterstattung in früheren Kriegen, zu der bislang allerdings kaum Forschung existiert. Es betrifft aber auch den Vergleich mit anderen Krisen in jüngster Zeit, in denen die Medienberichterstattung kritisch diskutiert wurde.

Literatur

Maurer, M., Jost, P., Kruschinski, S., & Haßler, J. (2021). Fünf Jahre Medienberichterstattung über Flucht und Migration. Johannes Gutenberg-Universität. ([Download](#))

Maurer, M., Reinemann, C., & Kruschinski, S. (2021). Einseitig, unkritisch, regierungsnah? Eine empirische Studie zur Qualität der journalistischen Berichterstattung über die Corona-Pandemie. Rudolf Augstein Stiftung. ([Download](#))

Precht, R. D., & Welzer, H. (2022). Die vierte Gewalt – Wie Mehrheitsmeinung gemacht wird, auch wenn sie keine ist. S. Fischer.

Autoren

Marcus Maurer ist Professor für Politische Kommunikation am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: mmaurer@uni-mainz.de

Jörg Haßler ist Leiter der Nachwuchsforschungsgruppe ‚Digital Democratic Mobilization in Hybrid Media Systems (DigiDeMo)‘ am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung an der Ludwig-Maximilians-Universität München. E-Mail: joerg.hassler@ifkw.lmu.de

Pablo Jost ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Publizistik der Johannes Gutenberg-Universität Mainz. E-Mail: pablo.jost@uni-mainz.de

Die Autoren danken der Otto Brenner Stiftung für die Förderung der vorliegenden Untersuchung. Milan Busch, Katharina Fergert, Laura Gerstner, Natalie Kressierer, Hannah Lindner, Elisabeth Schmidbauer und Yvonne Stirner danken die Autoren für die sorgfältige und engagierte Mitarbeit bei der Codierung der Beiträge.